

Die Vergleichsportale im Netz rechnen es den Verbrauchern schon einmal vor. Nachdem der weitere Anstieg der EEG-Umlage jetzt beziffert ist und feststeht, dass der Preis um mehrere Prozent je Kilowattstunde zulegt, wird von ihnen nachdrücklich zum Wechsel des Stromanbieters geraten. Dies liegt selbstverständlich im Geschäftsinteresse von Internetvermittlern wie Verivox und Check 24, weil sie bei jedem neuen Vertrag zwischen 40 und 60 Euro mitverdienen. Schön und gut. Im Kern aber geht es um die wahren Kosten der Energiewende. Diese Jahrhundertaufgabe wird die Verbraucher hierzulande nach einer neuen Studie am Ende mehr als eine halbe Billion Euro kosten.

Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung zuerst berichtete, wird die Umlage für Ökostrom im nächsten Jahr um acht Prozent auf 6,88 Cent je Kilowattstunde steigen. Aus der Umlage werden Windanlagen, Sonnen- und Biomasse-Kraftwerke bezuschusst, weil ihr Strom mehr kostet als die Elektrizität aus Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken. Die Umlage zahlt jeder Verbraucher über den Strompreis mit. Geben die Energieversorger die bevorstehende Erhöhung in vollem Umfang an die Verbraucher weiter, würde die Stromrechnung eines Vierpersonenhaushalts im nächsten Jahr um 31 Euro hochgehen, heißt es bei Check 24.

Die Stromrechnung wird für viele Millionen Verbraucher noch weiter steigen, führt das Portal Verivox an – wegen einer deutlichen Erhöhung der Netzgebühren. Hier betroffen sind vor allem Verbraucher, die dort wohnen, wo die zuständigen Übertragungsnetzbetreiber (Tennet und 50 Hertz) an der Einspeisung der erneuerbaren Energien aus den Windparks an Nord- und Ostsee beteiligt sind. Diese Unternehmen müssen einen höheren Aufwand betreiben, um die Stromnetze zu stabilisieren. Kraftwerke werden gedrosselt oder hochgefahren, um Schwankungen vor allem von Windstrom auszugleichen. Die Extrakosten für diesen „Redispatch“ werden auf die Verbraucher in den betroffenen Netzgebieten umgelegt. Kostenpunkt im vergangenen Jahr: eine Milliarde Euro. Laut Bundesnetzagentur werden es 2023 4 Milliarden Euro sein. So müssten im nächsten Jahr in Bayern nach Verivox-Berechnungen fast 1,9 Millionen Haushalte mit einer Mehrbelastung von 75 Euro rechnen. Für eine Million Verbraucher in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg könnte die Stromrechnung um 82 Euro steigen.

Die große Frage ist: Was werden die Verbraucher für die Energiewende insgesamt aufwenden müssen? Dazu gibt es immer wieder Berechnungen – mit unterschiedlichen Ergebnissen. Während vor dreieinhalb Jahren der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) die Summe von einer Billion Euro nannte, hatte mit Jürgen Trittin (Grüne) einer seiner Vorgänger einst versprochen, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen Familienhaushalt monatlich gerade einmal so viel kosten würde wie „eine Kugel Eis“. Diese Einschätzung ist definitiv absurd. Denn jetzt veröffentlichte das Institut für Wettbewerbsökonomik an der Universität Düsseldorf (Dice) ein Gutachten im Auftrag der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und nannte den Betrag von 520 Milliarden Euro, den private und gewerbliche Stromverbraucher in den Jahren 2000 bis

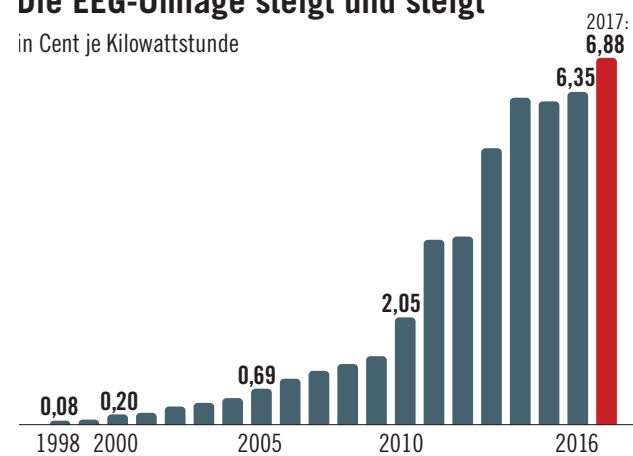
Es wird noch teurer

Die Kosten für Ökostrom schießen weiter in die Höhe. Dabei hatte ein Minister versprochen, die Förderung koste nicht mehr als „eine Kugel Eis“.

Von Michael Ashelm

Die EEG-Umlage steigt und steigt

in Cent je Kilowattstunde



Quelle: netztransparenz.de / F.A.Z.-Grafik fbr.



Für manchen Verbraucher eine Drohkulisse: Windräder bei Pankow

Foto dpa

2025 aufbringen müssten. Die Studie bricht herunter, dass eine vierköpfige Familie bis 2025 mehr als 25 000 Euro für die Energiewende zahlen müsse.

Größter Kostentreiber sei mit rund 408 Milliarden Euro die Umlage zur Finanzierung der erneuerbaren Energien. Der Ausbau der Strom- und Verteilernetze schlage mit 55,3 Milliarden Euro zu Buche. Der Verfasser des Gutachtens wehrt sich nun gegen aufkommende Kritik an der Studie. Justus Haucap ist Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heine-Universität in Düsseldorf und war Vorsitzender der Monopolkommission. „Die Methoden, mit denen die Verfechter erneuerbarer Energien arbeiten, sind aus meiner Sicht mit größter Vorsicht zu genießen“, sagt Haucap. Da würde in der Argumentation gekonnt Nebel produziert. Er nimmt damit Bezug auf die Aussagen des Bundesverbandes der Anbieter Erneuerbarer Energien (BEE), der das Gutachten Haucaps als eine „zu einfache Rechnung“ bezeichnet hatte. Man könne nicht so tun, als würde eine Welt ohne erneuerbare Energien nichts kosten, so die Kritiker. Die Studie enthalte kein einziges Kapitel, das die Nutzenseite darstellen würde. Gleichzeitig setze sie aber teilweise In-

vestitionen mit Kosten gleich. Zudem bemängelt der Bundesverband BEE, dass auf ein Referenzszenario verzichtet werde, welches die Kosten der fossilen Energieerzeugung in Relation zu den Annahmen der Studie setzen würde.

Haucap verteidigt seine Erhebungen – gerade zu den Kostenentwicklungen. „Ob die Preise für fossile Brennstoffe bis 2025 wirklich steigen, weiß nur der BEE. Ähnliche Prognosen haben sich zumindest in der jüngsten Vergangenheit ja stets als völlig falsch erwiesen – wie beim Öl.“ Derweil deuten die Prognosen bei der EEG-Umlage auf weitere Steigerungen hin – höher als die Regierung errechnet hat. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft Köln sagt voraus, dass der Ökobeitrag um weitere 40 Prozent auf bis zu 9,7 Cent im Jahr 2020 hochgehen wird. Dies führe insbesondere für international konkurrierende Mittelständler aus energieintensiven Branchen zu Stromkosten, die ihre Wirtschaftskraft übersteigen, urteilt die Energieberatungsgesellschaft ECG in Kehl. „Allein in unserem Kundenkreis mit über 2000 Adressen wäre dies das Aus für einige Dutzend Betriebe“, behauptet ECG-Geschäftsführer Jürgen Joseph. ■